

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Frau Vennegerts, Weiss (München) und der Fraktion  
DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990**

**hier: Einzelplan 12**

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

**— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5562, 11/5581 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 12 02 wird ein neuer Titel 882 01 – Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) – in Höhe von 10 000 Mio. DM ausgebracht.

Bonn, den 28. November 1989

**Frau Vennegerts**

**Weiss (München)**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**

### **Begründung**

Zum motorisierten Individualverkehr mit all seinen negativen Folgewirkungen gibt es außerhalb von Ballungsräumen heute keine Alternative. In den letzten Jahren wurde das Verkehrsangebot im öffentlichen Verkehr konsequent ausgedünnt. Ziel einer ökologisch orientierten Verkehrspolitik muß es sein, die Abhängigkeit vom Auto zu verringern und langfristig einen Ausstieg aus der automobilen Gesellschaft möglich zu machen.

In Ballungsräumen sind heute meistens schon befriedigende wenn auch noch nicht optimale Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs vorhanden. In der Fläche jedoch nicht. Deshalb ist ein Schwerpunktprogramm für den öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche dringend erforderlich. Dazu gehören:

- Wiedereröffnung von ca. 80 Prozent der stillgelegten Bahnnebenstrecken (wo eben möglich) mit neuen Haltepunkten (ca. 6 000 km),

- Einführung eines flächendeckenden Omnibusnetzes für alle relevanten örtlichen Verbindungen,
- Verlängerung von Straßenbahnlinien aus Oberzentren in das ländliche Umland,
- Einrichtung von Überlandschnellbussen, die bis in die Oberzentren hinein verkehren,
- Einrichtung von zuführenden Bussen zu Überlandbussen und Eisenbahnstrecken.

In einer Studie des Verkehrswissenschaftlers Helmut Holzapfel werden die Gesamtkosten für ein derartiges Programm zur Einführung eines flächendeckenden ÖPNV-System in der Bundesrepublik Deutschland auf 157 Mrd. DM geschätzt. Geht man davon aus, daß das Programm innerhalb von 15 Jahren verwirklicht werden soll, ist pro Jahr ein Betrag von ca. 10 Mrd. DM notwendig, wie es dem vorliegenden Haushaltsantrag entspricht.